

Haushaltsrede 2017

15. März 2017

Sehr geehrte Frau 1. Bürgermeisterin,
werte Kolleginnen und Kollegen des Marktgemeinderates und der Verwaltung,

heute – zur Halbzeit der Wahlperiode – bewerten wir den Haushalt des Marktes Garmisch-Partenkirchen.

Es waren viele Stunden erforderlich, um ihn aufzustellen und ich sehe mit Spannung der Meinung derer entgegen, die bei den Beratungen nicht anwesend waren und auch ansonsten durch Abwesenheit gegläntzt haben und – vermutlich aus wahlkampf-taktischen Gründen – den Haushalt ablehnen werden. Zunächst aber die Stellungnahme der CSU-Fraktion, wobei wir uns – als größte Fraktion im Marktgemeinderat der Verantwortung bewusst sind und diese gerne übernehmen:

1. Finanzen

Der Vorjahreshaushalt 2016 trug erstmalig seit vielen Jahren einen Hoffnungsschimmer in sich. Der Haushalt 2017, über welchen wir heute beschließen, bestätigt den positiven Trend.

Die wichtigsten Einnahmen des Verwaltungshaushalts – insbesondere der Anteil an der Einkommensteuer, die Gewerbesteuer, Fremdenverkehrs- und Kurbeiträge – zeigen die Verfestigung moderat steigender Einnahmen. Die Entwicklung der Steuerkraft, die zuletzt leicht steigende Zahl der Hauptwohnsitze, die erfreuliche Steigerung von Gästeankünften, Gästeübernachtungen und Tagesgästen: all dies sind Kennzeichen einer Entwicklung, die vorsichtigen Optimismus mit Blick auf die Einnahmensituation des Marktes zulässt.

Nach Jahren der überdurchschnittlichen Verschuldung des Gemeindehaushaltes sinkt der gemeindliche Schuldenstand zum Ende des Haushaltsjahres 2017 voraussichtlich mit Euro 25,8 Mio. auf einen Stand von unter € 1.000 je Einwohner - und damit in den Bereich der Verschuldung vergleichbarer bayerischer Kommunen.

Zu den wesentlichen Ausgaben des Verwaltungshaushalts zählen – wie in Vorjahren – Personal-, sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand und die Kreisumlage. Letztere – im vorliegenden Entwurf noch mit einem Hebesatz von 52,50%-Punkten auf rund Euro 15,9 Mio. eingeplant – wird voraussichtlich in der Haushaltsberatung des folgenden Kreistags um ganze 4,3%-Punkte niedriger festgesetzt werden. Der Verwaltungshaushalt 2017 des Marktes wird dadurch um beachtliche Euro 1,3 Mio. entlastet werden.

Die Zuführung des Verwaltungshaushaltes zum Vermögenshaushalt übersteigt mit rd. Euro 3 Mio. die gebotene Mindestzuführung zur Bedienung der planmäßigen Tilgungen in Höhe von ca. Euro 1,35 Mio.

Wir folgen der grundsätzlichen Einschätzung der Kämmerei, dass sich die dauernde Leistungsfähigkeit des Marktes in 2017 und auch den Planjahren bis 2019 im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt verbessert hat. Die in Aussicht gestellte Senkung der Kreisumlage sollte – wie von der Kämmerei vorgeschlagen – zur Erhöhung der Zuführung zum Vermögenshaushalt verwendet werden.

Denn die Zuführung und ein erheblicher Anteil der allgemeinen Rücklage werden bereits im Haushaltsjahr 2017 zur Finanzierung eines ambitionierten Investitionsprogramms benötigt, welches sich über Jahre hinweg fortsetzt.

Im Wesentlichen geht der Markt damit den schrittweisen Abbau eines in Jahren aufgelaufenen Sanierungsstaus an.

Mehr noch als die investiven Maßnahmen in 2017 steht das Investitionsprogramm 2018 bis 2020 im Fokus des diesjährigen Haushalts. Straßenbau, Bürgermeister-Schütte-Schule, Skistadion, Partnachklamm, Wasserbau, und - in ganz erheblichem Umfang - das Kongresshaus. Hierfür bedarf es des Einsatzes der gesamten „Allgemeinen Rücklage“ und zudem die Aufnahme von Schulden, die den kommunalen Haushalt über Jahrzehnte mit einem zusätzlichen Kapitaldienst von – soweit für uns auf Grundlage der Prognoserechnungen von GaPa-Tourismus zur Kongresshauserweiterung abschätzbar – rund Euro 600.000 belasten wird.

Die im Investitionsprogramm ausgewiesenen Kosten für die Erweiterung des Kongresshauses und den Bau einer Tiefgarage am Kongresshaus mit einem Gesamtbudget von rd. Euro 20 Mio. sind der wesentliche Grund für vorgesehene Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt Euro 27,2 Mio. Der Haushalt 2018 bedarf aufgrund der dann geplanten Schuldenaufnahme der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Der Marktgemeinderat stellt heute mit dem Beschluss über den vorgelegten Haushaltsentwurf also die wesentliche Weiche, ob eine Erneuerung und Erweiterung des Kongresshauses in Umsetzung des klaren Bürgerwillens aus der Bürgerbefragung vom August 2012 in Angriff genommen wird. Die CSU Garmisch-Partenkirchen hatte sich bereits vor rund 5 Jahren für den Erhalt des Standortes am Richard-Strauss-Platz, für die maßvolle Erweiterung und Modernisierung des Bestands und für die Nutzung als Kongress-, Kultur- und Bürgerhaus eingesetzt. Alle diese Bereiche werden von einem in seiner Funktionsfähigkeit deutlich verbesserten und erweiterten Kongresshausbaus profitieren. Die Ergebnisse des Planungswettbewerbs liegen seit rund einem Jahr vor.

Aus diesen genannten Gründen sieht die CSU-Gemeinderatsfraktion – trotz nicht zu übersehender Risiken aufgrund der langfristigen Kapitaldienstbelastung - das ambitionierte Investitionsvorhaben „Kongresshaus“ als richtig und sinnvoll an. Es ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Kongressstandortes Garmisch-Partenkirchen, zum Ausbau des Kulturstandortes Garmisch-Partenkirchen und nicht zuletzt zum Ausbau unserer „guten Stube“, des Bürgerhauses unserer Marktgemeinde.

Wir sind überzeugt, dass der Haushalt genehmigungsfähig ist!

2. BZB und Gemeindewerke – zwei die zusammengehören

Die Bayerische Zugspitzbahn betrifft dieses Gremium nur am Rande – und doch ist es so wichtig, dass man ihr auch im Rahmen der Haushaltsrede Aufmerksamkeit zollt.

Wir sollen sie verkaufen, so ein einzelnes Mitglied des Gemeinderates, und aus dem Erlös Sozialwohnungen bauen. Nur ein Sach-, Fach- und Ortsfremder kann auf diese Idee kommen, ganz einfach, weil er keine Ahnung von den tatsächlichen Gegebenheiten hat.

Das Unternehmen BZB beschäftigt mehr als 340 Mitarbeiter, die qualifizierte Arbeitsplätze haben. Für diese Mitarbeiter tragen wir Sorge. Wie es ausgehen kann, wenn die Kommune bei einem Unternehmen in der Minderheit ist, sieht man am besten an der Karwendelbahn. Es war eine weise – wenn auch teure – Entscheidung unserer Vorgänger, das Unternehmen zur Gänze zu erwerben.

Auch der Bau der neuen Seilbahn – ein Wunderwerk der Technik – hat unsere voll Unterstützung. Dies deshalb, weil wir den Hauptakteuren vertrauen dürfen. Zum einen den Vorständen der BZB – insbesondere dem technischen Vorstand Peter Huber – und zum andern dem Direktor der Gemeindewerke, Wodan Lichtmess. Das Konstrukt der Finanzierung des Neubaus über die Gemeindewerke ist stimmig und erfolgreich – für beide Seiten eine win-win-Situation.

Gleichwohl werden wir in Bälde vor die Frage gestellt, ob wir den Beherrschungsvertrag zwischen den Werken und der BZB weiter fortführen wollen. Bis dahin werden wir sowohl im Verwaltungsrat der Gemeindewerke, als auch im Aufsichtsrat der BZB beide Unternehmen begleiten und nicht zulassen, dass diese durch populistische Fantasieforderungen geschwächt werden.

3. Obdachlosenasyll

Ein Thema, welches uns seit vielen Jahren beschäftigt, ist das Obdachlosenheim in den Loisachauen. Seitens der Bürgermeisterpartei, der SPD, wurde offensichtlich ein Antrag eingebracht, dieses in einem uns, also dem Markt Garmisch-Partenkirchen, vererbten Anwesen zu errichten.

Ohne Frage, das Obdachlosenasyll in den Loisachauen ist in einem erbärmlichen, desolaten und menschenverachtenden Zustand. Und ja, wir haben viel zu lange zugeschaut – wir alle, die wir hier sitzen und zu entscheiden haben. Wir haben uns von unserer Verantwortung zur Unterbringung der Obdachlosen freigekauft, indem wir unsere Verantwortung – genauso, wie die übrigen Gemeinden des Landkreises, an den Sozialdienst katholischer Frauen übertragen haben.

Und genau hier gilt es zu differenzieren:

Die Obdachlosenunterbringung ist eine gemeindliche Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis nach dem LStVG, also eine Aufgabe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Wir sind verpflichtet, die zur Beseitigung der Obdachlosigkeit erforderlichen Einrichtungen schaffen, bzw. bereitstellen. Hier gilt es zu unterscheiden zwischen der Unterbringung von auswärtigen „Durchreisenden“, landläufig Tippelbrüder genannt, oder der Unterbringung, z.B. von ortsansässigen Personen, die durch eine

Räumungsklage ihren Wohnraum verloren haben. Diese müssen solange untergebracht werden, bis sie eine neue Bleibe gefunden haben. Somit sind bei letzteren ganz andere Maßstäbe anzulegen, als bei ersteren, die oft nur für ein bis zwei Nächte verbleiben wollen.

Die Verpflichtung zur Unterbringung vor Ortsansässigen haben wir vertraglich an den Sozialdienst katholischer Frauen abgegeben – wir haben uns also – übrigens einstimmig – von dieser Aufgabe freigekauft, wie auch die anderen Landkreisgemeinden. Gleichwohl kann es nicht sein, dass wir, die wir über ein neues Kongresshaus für 19 Mio. diskutieren, die menschenunwürdigen Zustände in den Loisahauen noch weiter mittragen.

Der Haushalt für das Jahr 2017 weist die Summe von Euro 15.876 im Verwaltungshaushalt aus. Im Vermögenshaushalt findet sich kein cent. Warum dies so ist, wissen am Besten die Mitglieder des Finanzausschusses: weil wir eine Veränderung in Bezug auf die Loisahauen wollen. Wie diese Veränderung aussehen soll, müssen wir erarbeiten – bisher haben wir leider keine probaten Vorschläge der 1. Bürgermeisterin, als Chefin der Verwaltung erhalten.

Nun liegt der Vorschlag der SPD auf dem Tisch!

Ein uns, spr. dem Markt Garmisch-Partenkirchen vererbtes Hausgrundstück, welches derzeit noch bewohnt wird, soll zukünftig als Obdachlosenasyll genutzt werden. Ohne Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu nahe treten zu wollen, stellen sich bei Ihrem Antrag folgende Fragen:

1. für welchen der beiden vorbenannten Zwecke wollen Sie dieses Grundstück nutzen?
2. falls für beide, also die Unterbringung der nur tageweise verbleibenden Personen, für die Einweisung der wohnungslosen Garmisch-Partenkirchner, oder für beides?
3. kennen Sie den Zustand des Objekts, ist Ihnen bekannt, dass derzeit dort seit vielen Jahren Mieter wohnen?
4. Wie wollen Sie die Finanzierung einer neuen Obdachlosenunterkunft gestalten?
5. Haben Sie einen Raumbedarfsplan erstellt?

Mit Verlaub – ich halte Ihren Vorstoß für unausgegoren!

Um unserer sozialen Verpflichtung nachkommen zu können – dies übrigens neben der Unterbringung von Asylberechtigten wie im ehemaligen BRK-Haus, müssen wir erst einmal entscheiden, ob wir die „Loisahauen“ ganz aufgeben oder sanieren. Sie merken an, dass sich das derzeitige Obdachlosenasyll außerhalb des Ortszentrums befindet – das ist wahr – im Gegensatz zu dem von Ihnen ins Auge gefassten Grundstück mitten in Partenkirchen. Der Ortsteil Burgrain ist übrigens noch weiter entfernt, aber dies nur am Rande! Woran krankt es denn am Standort Loisahauen – doch nicht an der zentrumsfernen Lage, doch vielmehr am Zustand des Objekts. Kein Wunder, wenn sich niemand dafür verantwortlich fühlt, wenn es keinen Hausmeister mehr gibt, der täglich vor Ort ist und nach dem Rechten schaut. Ein Obdachlosenasyll für tageweise Untergebrachte, muss nicht auf dem Marktplatz stehen. Eine Unterbringungsstätte für zeitweise Wohnungslose schon eher. Und wenn wir schon dabei sind: haben Sie sich schon einmal Gedanken gemacht, auf dem ererbten Grundstück sozialen Wohnraum für ortsansässige Familien zu errichten? Auf diesem Grundstück hätten wir die Chance – genauso wie beim Alten Finanzamt, verloren gegangene Wohnungen für diejenigen zur bauen, die ansonsten

keine Chance auf dem Wohnungsmarkt haben. Unsere Präferenz liegt also darin, die „Loisachauen“ endlich menschenwürdig zu sanieren – ein Kübel Farbe dürfte hierfür nicht ausreichen – ebenso wenig wie die rund 16.000.—Euro, die ohne Gegenstimme im Finanzausschuss in diesem Jahr im Haushalt eingestellt sind.

4. GAPA-Tourismus

Eine weitere unerledigte Baustelle!

Die CSU hat vor – lassen Sie mich überlegen – bald zwei Jahren? – den Antrag auf Prüfung der Rechtsformänderung des Amtes 80 gestellt.

Was ist bisher geschehen?

Wechselseitig wurden Gutacher beauftragt, Argumente zwischen der Rathausverwaltung und dem Amt 80 hinter verschlossenen Türen ausgetauscht, so genau wissen wir das nicht, weil wir seitens der Verwaltung seit der einmaligen Behandlung im Gemeinderat nicht unterrichtet, geschweige denn involviert werden. Wir verzeichnen Stillstand!

Wofür es diverse – sich fundamental widersprechende - Gutachten braucht, um eine einfache Umstrukturierung vorzunehmen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Was konkret spricht gegen eine zeitnahe Umwandlung von einem Regiebetrieb in einen Eigenbetrieb? Reden eigentlich die Ämter 80, das Hauptamt und die Personalverwaltung miteinander und wenn ja, was?

In etwas fernerer Zukunft kann die Schaffung eines Kommunalunternehmens in Angriff genommen werden – dies jedoch nur bei festzustellendem Erfolg von GAPA-Tourismus. Wir erlauben uns an dieser Stelle die Forderung, endlich „in die Pötte zu kommen“ und Nägel mit Köpfen zu machen. Uns ist es übrigens egal, wer die treibende Kraft bei diesem Umwandlungsprozess ist und welche Diskrepanzen es innerhalb der Gesamt-Rathaus-Verwaltung gibt – Hauptsache, wir kommen endlich zu einem umsetzbaren Ergebnis.

5. Kultur

Kultur – ein Begriff, der in unserem Ort offensichtlich der Auslegung bedarf!

Der Kulturreferent des Marktes, in Personalunion auch Fraktionsvorsitzender der Bürgermeisterpartei, ist zu bedauern.

Seit geraumer Zeit ist er gezwungen, sich fast ausschließlich um die schönggeistigen Belange des Marktes Garmisch-Partenkirchen zu kümmern und den anderen Fraktionen die Kernerarbeit der Kommunalpolitik zu überlassen.

Wir beschäftigen uns einstweilen mit den Niederungen der Kommunalpolitik, die weniger erhaben sind, wie z.B. dem Kainzenbad, mit der Frage von Gebührenerhöhungen, der Verkehrsberuhigung an der St.-Martin-Straße, der Rechtsformänderung bei GAPA-Tourismus, der Ansiedlung einer wissenschaftlichen Einrichtung aus den Leifheit-Mitteln, und, und, und....!

Werter Kollege Allmann: Sie fordern, gemeinsam mit weiteren Unterzeichnern die Einrichtung einer „Arbeitsgruppe“, o.ä., welche die Grundlagen eines neuen Kulturbeirats erarbeiten soll.

Bei aller Liebe: es gibt bereits den Tourismus-Ausschuss, bei welchem die Kultur angesiedelt ist, eine Steuerungsgruppe Kultur, einen Kulturbeauftragten, in Bälde eine Kulturkoordinationsstelle im Vorzimmer der Bürgermeisterin und Sie als Kulturreferenten.

Wir stellen uns nicht gegen eine weitere „Kulturbeirats-Diskussions-Gruppe“, halten diese aber für eine überflüssige Beschäftigungstherapie!

Wenn es nach uns geht, kann ein Kulturbeirat sofort beschlossen werden. Die Satzungsgrundlagen können vom Juristen des Marktes erarbeitet werden – was kein juristisches Hexenwerk darstellt - und von der Kulturkoordinierungsstelle (gibt es hierfür auch einen geschmeidigeren Begriff) zur Ausschreibung gebracht werden. Die Inhalte, mit welchen sich die zukünftigen Mitglieder des Kulturbeirats beschäftigen werden, sollen von diesen völlig eigenständig und ohne Einflussnahme durch die Mitglieder des Gemeinderats, z.B. auf Grund von Eigeninteressen, erarbeitet werden.

Auch schlagen wir vor, dass sämtliche Kulturträger miteinbezogen werden – Kultur, so wie wir sie sehen und verstehen, umfasst bildende, musikalische und darstellende Künste, genauso wie unser jahrhunderte altes und gewachsenes Brauchtum und dessen Darstellung. Die Kultur dieses Ortes darf nicht bei Richard Strauss beginnen und bei Michael Ende aufhören.

Gerade in unserem Ort sind auch der Erhalt und die Pflege althergebrachter Künste zu schützen, zu pflegen und weiter zu tragen. Wir wünschen uns keine Qualifizierung zwischen guter und schlechter Kultur – weil zu alt oder zu modern, zu volkstümlich oder zu elitär. Wir setzen auf eine möglichst breite Vielfalt aus alle Kultursparten und Richtungen. Nur wenn diese Voraussetzungen auch personell erfüllt werden, kann ein Kulturbeirat Sinn machen!

6. Leifheit

Das Vermächtnis der Eheleute Leifheit, für welches wir unendlich dankbar sein müssen, eröffnet für den Markt Garmisch-Partenkirchen unermessliche Chancen. Ein erster konkreter Schritt wurde mit dem Kauf des Alten Finanzamts bereits gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des CSB und der Freien Wähler: zu Ihrer Erinnerung, auch wenn Sie dies jetzt nicht mehr gerne hören: Sie haben einst gegen den Erwerb des Finanzamts gestimmt, Sie hatten keinen Plan, was man mit der „Alten Burg“ (Zitat!!!) anfangen soll und haben deshalb den Erwerb abgelehnt. Deshalb haben Sie jetzt auch zu verantworten, dass wir dieses wunderbare Gebäude nebst Grundstück wesentlich teurer erwerben mussten, als es uns aufgrund des gemeindlichen Vorkaufsrechts möglich gewesen wäre. Jetzt auf einmal haben Sie einen Plan – zum Glück denselben wie wir -: die Schaffung eines Seniorenzentrums mit angeschlossener Wohnbebauung für sozial bedürftige Senioren und, wenn es nach uns geht: mit einer Wohngruppe insbesondere für geistig behinderte Senioren.

Schwer fällt Ihnen die Zustimmung zur Geriatric, spr. zu einer zukunftsweisenden Technologie, die hier bei uns in Garmisch-Partenkirchen begründet und angesiedelt

werden soll. Der Presse war zu entnehmen, dass Sie, sehr geehrte Kollegen Möckl und Angelbauer der Auffassung sind, dass die Leifheit-Gelder „den Senioren im Ort zu Gute kommen sollten“.

Werte Kollegen, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen: offensichtlich haben Sie ein Aufmerksamkeitsdefizit in Sachen Leifheit. Es ist der ausdrückliche Stifterwille der Eheleute Leifheit, dass ein Teil des Vermächnisses für die Altersforschung verwandt wird. Falls Ihnen ein Thema für die Altersforschung rein auf Garmisch-Partenkirchner Bürgerinnen und Bürger bezogen einfällt, lassen Sie uns das bitte wissen! Günter und Ingeborg Leifheit waren Zeit Lebens bestrebt, neue Technologien „an den Mann zu bringen“ und für den Verbraucher weiter zu entwickeln. Jede Hausfrau, die schon einmal ein Dampfbügeleisen von Leifheit benutzt hat, kann dies bestätigen.

Die Geriatric wird ein weltweit beachtetes Projekt werden und rund um den Globus alten und pflegebedürftigen Menschen zu Gute kommen. Garmisch-Partenkirchen wird – und soweit ich mich erinnern kann, wird dieses Ziel von allen, hier im Gemeinderat vertretenen Parteien verfolgt – ein universitärer Standort werden. Die Geriatric wird wesentlicher Bestandteil der Leuchtturm-Initiative Assistenzrobotik der Bayerischen Staatsregierung, verankert im Wachstumsplan Bayern des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

Zitat: „Mit einer Leuchtturm-Initiative Assistenzrobotik werden wir mit dazu beitragen, eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen – die Unterstützung älterer und pflegebedürftiger Menschen – mit den Möglichkeiten modernster Technik zu meistern. Beispiele dafür sind zweiarmige mobile Robotersysteme, die sich selbständig in Wohnungen bewegen, intelligent mit Menschen interagieren und für ihn rund um die Uhr Hilfs- und Bring-Dienste leisten.“

Werte Kolleginnen und Kollegen – was könnte besser den Stifterwillen erfüllen, als dieses Projekt?

Dieser Ort, der gerne auch das „Altenheim Deutschlands“ – genannt wird, bietet über die Geriatric jungen Menschen explizit auf Grund seiner Altersstruktur Ausbildungsmöglichkeiten, die zukunftsweisend sind – ebenso, wie übrigens die geplante Bildungsstätte für die generalistische Pflege!

Wir, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, sind voll der Überzeugung, dass die Erfüllung des Leifheit-Zwecks mit der Geriatric nicht nur dem Stifterwillen entspricht, sondern auch langfristig Gutes für die Garmisch-Partenkirchner Senioren tut.

Wir werden weiterhin all unsere politische Kraft darauf verwenden, dass die Geriatric in Garmisch-Partenkirchen ihre wissenschaftliche Heimat findet!

7. Allgemeines

Was braucht es eigentlich, um eine verantwortungsvolle Rathauspolitik zu machen? Zu aller Erst die unbedingte Liebe zum Ort und seinen Bewohnern, den Willen zu dienen, die Bereitschaft anderen Verständnis entgegenzubringen – auch wenn diese anderer Meinung sind - und die Fähigkeit, widerstrebende Interessen

zusammenzuführen.

Kommunalpolitik ist die ständige Suche nach Kompromissen – begrenzt von dauerhafter Finanzknappheit und gegenläufigen Rechtsnormen – fast so wie im richtigen Leben. Entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten ist jedoch die Herangehensweise von Anfang an. Das Erreichen des vorab definierten Ziels muss über allem stehen, nicht die Suche nach Gründen, warum dieses Ziel nicht zu erreichen ist. Es braucht Mut und Entschlossenheit, Pläne zu verwirklichen, die ständige Sorge, ob es irgendwo Schadenersatzansprüche lauern könnten, lähmt und verzögert die Umsetzung von Beschlüssen.

Wer sich ins Feuer begibt, darf die Hitze nicht scheuen.

Hierfür gibt es Fachleute und den Grundsatz „wer lange fragt geht lange irr“!

Sich x-mal bei x-Fachleuten rück zu versichern, um nur ja nichts falsch zu machen, führt zu kostenintensiven Zeitverzögerungen bis hin zur Verwerfung von Projekten.

Wie lange sollen eigentlich die Aurelis-Brachen noch so liegen bleiben, wie sie sind?

Wann endlich kommt eine rechtskonforme Bauleitplanung zum Tragen – Stichwort Prozess gegen den Markt Garmisch-Partenkirchen in Bezug auf Aurelis-Ost?

Kann es z.B. sein, dass das Bauamt mittlerweile auf Grund der Vielzahl von Projekten personell völlig überfordert ist – Stichwort: Planungen des neuen Kongresshauses, Umsetzung des Fahrradkonzepts, Renovierung des Skistadions, Planungen für den neuen Eingang der Partnachklamm, und, und, und?

Wäre es nicht sinnvoller, die Bauleitplanung zumindest teilweise „außer Haus“ zu geben?

Mit großem Wohlwollen haben wir zur Kenntnis genommen, dass nun endlich auch die Bürgermeisterin sich eingestanden hat, dass für das Kainzenbad etwas getan werden musste.

Warum es notwendig war, erst politischen Druck aufzubauen, um fundamentale und mehr als augenscheinliche Verfallserscheinungen zu beheben, entzieht sich unserer Kenntnis.

Lange Zeit wurde dieses Kleinod äußerst stiefmütterlich behandelt – was denen natürlich nicht auffällt, die es nie besuchen und erst „auf den Zug aufspringen“, wenn es auf Facebook und in den Medien ein Thema wird.

Wir hoffen, dass auch Sie, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, unserem Vorschlag zur Betriebsführung des Kainzenbades durch die Werke zustimmen werden.

Wir freuen uns auf die Eröffnungsfeier zur neuen Saison und sehen uns in unserer politischen Arbeit bestätigt.

Zum Abschluss der Haushaltsrede möchte ich mich – auch im Namen meiner gesamten Fraktion für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gesamtgefüges „Rathaus“ bedanken – bei den Beamtinnen und Beamten ebenso wie bei den Angestellten und den Arbeiterinnen und Arbeitern, seien sie im Rathaus, bei GAPA-Tourismus, im Bauhof oder bei den Werken oder der BZB beschäftigt. Sie alle tragen dazu bei, dass der Motor Garmisch-Partenkirchen am Laufen bleibt.

Der Finanzverwaltung ein herzliches Vergelt´s Gott für Erstellung des Haushalts und die unendliche Geduld bei den Haushaltsberatungen.

Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen!

Elisabeth Koch

Fraktionsvorsitzende der CSU im Marktgemeinderat Garmisch-Partenkirchen

(es gilt das gesprochene Wort!)